

VisiBYlity

For Belarusian democratic actors

Die weibliche politische Mystik belarusischer Aktivistinnen: von der Vergangenheit bis Heute

Alena Aharelysheva

iep Institut für
Europäische Politik

Foto: Jana Shimpelson/ Unsplash

Im Zuge der Proteste nach den Präsidentschaftswahlen 2020 in Belarus hat die ganze Welt von der Existenz des Landes erfahren – und dass dort politisch aktive Frauen leben. Diese Frauen sind bereit, ihren Standpunkt offen zu vertreten, ihre Rechte einzufordern und ihr Leben zu riskieren, um ihre Familie und Freund:innen zu schützen. Ende 2020 sind Belarus und belarusische Frauen nach und nach wieder aus den internationalen Nachrichten verschwunden.

Ziel dieses Hintergrundpapier ist es, Aktivismus von Frauen in Belarus von der Vergangenheit bis heute zu analysieren. Dies umfasst Gründe für die Zunahme der Protestaktivitäten im Jahr 2020, sowie eine Definition zweier politischer Kontexte, innerhalb des Landes und im Ausland, aus der Perspektive der Geschlechtergleichstellung zu präsentieren.

1. Kurze Geschichte des Frauenaktivismus in Belarus: Organisationen und Initiativen für Gender Equality

In den 1990er und frühen 2000er Jahren gab es in Belarus bereits mehr als 20 Frauenorganisationen auf nationaler Ebene und mehr als 40 regionale Organisationen. Die Nichtregierungsorganisationen leisteten schnelle Unterstützung und Hilfe für gefährdete Bevölkerungsgruppen in den Bereichen, in denen der Staat das Ausmaß und die Schwere der sozialen Probleme, die angegangen werden mussten, entweder nicht wahrnahm oder unterschätzte. Ein wichtiges und sichtbares Beispiel für die fehlende Unterstützung von Staat und Gesellschaft für die Anliegen

von Frauen in Belarus ist die Einstellung der Bemühungen um die Verabschiedung eines Gesetzes zur Prävention häuslicher Gewalt. Im Jahr 2018 sammelten religiöse Organisationen etwa 6.000 Unterschriften gegen die Verabschiedung des Gesetzes zur Verhinderung häuslicher Gewalt und übergaben ein gemeinsames Schreiben an die Präsidentschaftsverwaltung. Daraufhin kritisierte Lukaschenka den Gesetzentwurf, an dem Frauenorganisationen und das Innenministerium mehrere Jahre lang gearbeitet hatten, scharf. Schließlich wurde das Projekt zur Ausarbeitung und Verabschiedung des Gesetzes praktisch eingefroren.

2019 existierten in Belarus mehr als 37 Organisationen und Initiativen, die sich mit Gender-Fragen und den Belangen von Frauen auseinandersetzen, und allein in einem Jahr 470 Veranstaltungen, 10 Studien, 2.500 Konsultationen, 40 Medienprodukte und 12 Advocacy-Kampagnen durchführten.

Die belarusischen Proteste von 2020 brachten die Frauenrechtsorganisationen aus den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur, wo sie aktive Arbeit leisteten, in den öffentlichen Raum. Gleichzeitig beschuldigte das Regime (die illegitime Regierung unter Aliaksandr Lukaschenka) den Sektor der Frauenorganisationen, Frauendemonstrationen zu finanzieren und zu organisieren. Bald wurde die überwiegende Mehrheit der Frauenrechts- und Gender-Organisationen von den Behörden aufgelöst oder aufgrund des politischen Drucks gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Die meisten Aktivistinnen waren gezwungen, Belarus aufgrund der Verfolgung und

Bedrohung durch Vertreter:innen der Sicherheitskräfte und der illegitimen Regierung zu verlassen.

Im Jahr 2023 existierten mehr als 30 Organisationen und Initiativen im Bereich Gender und Frauenrechte, die in Belarus und im Ausland tätig sind. In der Regel befindet sich ein Teil des Teams in Belarus und ein Teil außerhalb, was eine Verteilung der Risiken und Verantwortlichkeiten ermöglicht. Die meisten aktivistische Tätigkeiten werden nun im Namen einzelner Aktivist:innen und nicht registrierter Initiativen so versteckt wie möglich durchgeführt, da in Belarus 2022 die strafrechtliche Haftung von Individuen für Aktivitäten im Namen nicht registrierter oder abgemeldeter Organisationen eingeführt wurde. Gleichzeitig haben sich einige der Organisationen im Ausland neu registrieren lassen und arbeiten weiter für die Verbesserung der Situation für Frauen in Belarus.

2. Vermeintliche Förderung von Gleichstellungsfragen durch das belarussische Regime

Lange Zeit hat das Lukaschenka-Regime die Förderung im Bereich der Gleichstellung als Mittel für seinen Machterhalt genutzt, indem es die vermeintlich positive Entwicklung demokratischer Prozesse im Land simulierte, um sich auf diesem Weg für internationale Zuschüsse zu qualifizieren und Finanzmittel für den Ausbau der Gleichstellung der Geschlechter zu gewinnen. Rein nach den Zahlen zu urteilen, hat Belarus eine phänomenale Bilanz bei der Überwindung der Diskriminierung von Frauen auf Entscheidungsebenen vorzuweisen: 2020 lag das Land auf Platz 29 von 153 Ländern des Global Gender Gap Index. Im Jahr 2023 verschlechterte sich die Platzierung, ist mit Rang 41 aber immer noch recht hoch. Dies ist darauf zurückzuführen, dass belarussische Frauen historisch gesehen progressive, berufstätige Frauen mit einem höheren Bildungsabschluss sind. Nach Angaben des belarussischen Ministeriums für Statistik und Analyse sind 84,5 % der Frauen im erwerbsfähigen Alter in der Wirtschaft beschäftigt, 40,6 % von ihnen haben eine Hochschulausbildung. Bei den belarussischen Männern sind diese Zahlen etwas niedriger.

Selbst jetzt [schätzt die Propaganda des Regimes die Situation der Frauenrechte in Belarus optimistisch ein](#). Das Regime versucht, sich alle Errungenschaften im Bereich der Gleichberechtigung der Geschlechter zuzuschreiben, vor allem durch die künstliche Erzeugung positiver Statistiken. Ein Beispiel dafür ist der Trend zu einem stetigen Anstieg der Zahl der Frauen im belarussischen Parlament. [Im Jahr 2019 waren 35 % der Gesamtzahl der Abgeordneten im Repräsentantenhaus Frauen; 2024 erreichte diese Zahl 40 %](#). Der Anteil der

Frauen in politischen Funktionen ist zwar ein wichtiger Indikator für die Gleichstellung der Geschlechter in einem Land. Doch wie das Beispiel von Belarus und anderer nicht-demokratischer Länder zeigt, kann dieser Indikator zu einem Instrument der Manipulation werden, wenn er losgelöst von der menschenrechtlichen Situation, der Meinungsfreiheit und der demokratischen Freiheiten in dem jeweiligen Land betrachtet wird.

Es ist bemerkenswert, dass im Koordinationsrat, dem Äquivalent des belarussischen demokratischen Exilparlaments, der Frauenanteil 37 % beträgt, was bestätigt, dass das Interesse belarussischer Frauen an der Politik kein Verdienst des belarussischen Regimes ist, sondern eine Tatsache, die sich das Regime, wie viele andere Verdienste im Bereich der Frauenrechte, lediglich selbst zuschreiben will.

Nach der Wahlniederlage gegen eine Frau und nach den Massenprotesten von Frauen im Jahr 2020 stehen die „Frauenfrage“ und die politische Beteiligung von Frauen unter besonderer Kontrolle des Regimes. Lukaschenka und seine Anhänger:innen betonen nachdrücklich die Bedeutung der „Frauenfrage“, die als „die Notwendigkeit des Schutzes, der Vormundschaft und der Fürsorge für belarussische Frauen“ definiert wird. Mit „belarussischen Frauen“ sind jedoch ausschließlich regimetreue Ehefrauen und Mütter gemeint, die nur von ausschließlich regimetreuen Organisationen „betreut“ werden dürfen. Eine dieser Organisationen ist die derzeit größte regierungstreue Frauenorganisation, die [„Belarussische Frauenunion“](#), die sich [in Zukunft wahrscheinlich in eine Frauenpartei verwandeln wird](#).

Gleichzeitig organisiert das Regime Propaganda, Hassreden und Kampagnen zur Diskreditierung von „falschen“ belarussischen Frauen, zu denen Feministinnen, kinderlose Frauen, LGBTQ-Frauen und Regimegegnerinnen gehören. Politisch aktive Frauen werden zu langen Haftstrafen verurteilt, sie werden im Gefängnis gefoltert und misshandelt, sie verlieren ihren Arbeitsplatz und ihre Kinder, indem die politischen Überzeugungen der Mütter als Grund für die angeblich mangelnde Sicherheit für Kinder in der Familie herangezogen wird. Aktivist:innen können auch beschuldigt werden, für Themen zu werben, die dem Regime missfallen, wie etwa „LGBTQ-Propaganda“. Daten, die dem Regime nicht zuträglich sind, werden unterdrückt: der außerordentliche Anstieg der Todesrate und der geschlechtsspezifischen Gewalt im Land oder der Rückgang der Geburtenrate. Derzeit sind diese Daten nicht öffentlich zugänglich, da sie mit der nationalen Sicherheit verbunden werden.

3. Gender und die demokratischen Kräfte von Belarus

Die öffentliche Politik des Büros von Sviatlana Tsikhanouskaya nahm die Gleichstellung der Geschlechter bis vor kurzem nicht offiziell in ihre Agenda auf, da „die öffentliche Artikulation von Geschlechterfragen Anhänger, die die Werte der Geschlechtergleichstellung nicht teilen, gegen die demokratischen Kräfte aufbringen könnte“. Im Laufe der Zeit und dank der Lobbyarbeit der belarusischen Feministinnen und der Bemühungen weiblicher Angestellter innerhalb der demokratischen Strukturen wird die öffentliche Politik der demokratischen Kräfte jedoch immer geschlechter-sensibler und integrativer.

Der bereits erwähnte hohe Frauenanteil im Koordinationsrat weist auf ein großes Interesse der belarusischen Frauen an der Beteiligung an demokratischen Veränderungen hin. Um den Frauenanteil im Koordinationsrat auf einem hohen Niveau zu halten und politisch aktive Frauen zu unterstützen, setzten sich profeministische Mitglieder und Initiativen des Koordinationsrates für die Einführung von Geschlechterquoten als obligatorisches Element bei der Wahl von Vertreter:innen in der neuen Besetzung des Koordinationsrates ein.

Einerseits sind Politikerinnen und ihre Aktivitäten in den bestehenden Mehrheitsverhältnissen für unabhängige Medien und sogar innerhalb der belarusischen Demokratiebewegung nach wie vor weniger sichtbar. Andererseits haben die Aktivitäten von Feministinnen im Bereich der demokratischen Politik, z. B. die Lobbyarbeit für Geschlechterquoten und die Schaffung einer feministischen Fraktion im Koordinationsrat, breite [Diskussionen im Informationsbereich](#) und manchmal auch offene Proteste von männlichen Politikern und Meinungsführern ausgelöst. So reichte beispielsweise eine Gruppe männlicher Aktivisten eine Wahlliste zum Koordinationsrat ein, auf der sie [die weibliche Variante ihres Namens](#) schrieben, um ihren „Protest gegen die bei den Wahlen zum Koordinationsrat eingeführten Geschlechterquoten“ zu bekunden.

Trotzdem wächst die Zahl der Befürworter:innen der Geschlechtergleichstellung, was Möglichkeiten schafft, erfolgreich Koalitionen zu bilden und sich für die Förderung dieses Anliegens innerhalb der demokratischen Kräfte von Belarus einzusetzen.

4. Entwicklung des Frauenaktivismus im Jahr 2020 und seine aktuellen Auswirkungen

Infolge der eskalierenden Gewalt in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 gingen Frauen in weißen Kleidern auf die Straße, um friedlich zu protestieren – zunächst in Minsk, dann in anderen belarusischen Städten. Später wurden diese Aktionen

systematisch durchgeführt. Darüber hinaus versammelten sich Frauen in Minsk im August und September 2020 samstags zu friedlichen Demonstrationen. Groben Schätzungen zufolge fanden in diesem Zeitraum in Belarus mehr als 50 Frauendemonstrationen und -ketten mit mehr als 20.000 Teilnehmerinnen statt. Nach den ersten beiden Frauendemonstrationen, bei denen es praktisch keine Verhaftungen gab, waren die nächsten von brutaler Unterdrückung und zahlreichen Rechtsverstößen gegen die festgenommenen Personen geprägt, von denen viele minderjährige Kinder hatten. In dieser Zeit wurden mehr als 1.270 Frauen festgenommen und strafrechtlich oder administrativ verfolgt und verurteilt.

Die Proteste von 2020 haben den politischen Aktivismus der Frauen stärker ins Blickfeld gerückt. Das bedeutet jedoch nicht, dass es ihn vorher nicht gegeben hätte. Es gab Frauenabteilungen in den belarusischen demokratischen Parteien; die Frauenpartei „Nadzeya“ existierte in Belarus bis 2007; 2001 und 2015 kandidierten Frauen bei den Präsidentschaftswahlen. Allerdings sind Politikerinnen und Parteiführerinnen in Belarus im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen traditionell unterrepräsentiert. Wie Irina Solomatina, eine belarusische Wissenschaftlerin, in ihrem Buch [„Frauenaktivismus in Belarus: unsichtbar und unan-tastbar“](#) schreibt, wurde und wird männlichen Politikern oft eine öffentliche und repräsentative Rolle zugewiesen (Reden, Kommunikation mit Wähler:innen und Geldgeber:innen, Vertretung der Partei bei öffentlichen Veranstaltungen), während die Verantwortung der Frauen eine unsichtbare, unbezahlte Arbeit im „privaten“ Bereich ist (Unterschriftensammlung, Organisation von Veranstaltungen und Verwaltungsarbeit).

Zusätzlich zu den politischen und sozialen Aktivistinnen schlossen sich zahlreiche neue Frauen den Protesten an. Laut einer [Umfrage unter Aktivistinnen im Jahr 2020](#) hatten mehr als 50 % der Frauen, die sich an den Protesten im Jahr 2020 beteiligten, noch keine Erfahrung mit Aktivismus. Dabei handelte es sich um Frauen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Berufe und unterschiedlicher Herkunftsregionen. Als Hauptmotivation geben die Frauen ihre Reaktion auf die Grausamkeit der Behörden gegenüber friedlichen Demonstrant:innen und die Fälschung von Wahlen sowie die Hoffnung auf Veränderungen an.

Im Jahr 2020 beteiligten sich die Aktivistinnen nicht nur direkt an den Protesten (sowohl von Frauen als auch allgemein), sondern verbreiteten auch Informationen über den Widerstand gegen das Regime, leisteten finanzielle Unterstützung, organisierten Aktivitäten von Nachbarschaftsgemeinschaften und halfen politischen Gefangenen und ihren Familien, indem sie beispielsweise Briefe schrieben, Pakete sammelten und an Gefängnisse schickten oder in der Nähe von Gefängnissen ehrenamtlich arbeiteten.

Die politische Handlungsfähigkeit von Frauen kann sich jedoch sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum zeigen. Dementsprechend ist es wichtig zu überlegen, welche anderen Aktionen (neben direkten politischen Aktionen wie Märschen, Mitgliedschaft in politischen Parteien, Schreiben von Petitionen) in einem bestimmten Kontext als politischer Aktivismus angesehen werden können. Wir haben einen ausgeprägten weiblichen Aktivismus innerhalb eines kurzen Zeitraums beobachtet, während die privaten und alltäglichen Tätigkeiten von Frauen (Betreuung von Kindern und älteren Verwandten, finanzielle Spenden, emotionale Unterstützung, Bereitstellung von Paketen und Schreiben von Briefen an Gefangene, Organisation neuer Familienstrukturen im Exil usw.) lange vor 2020 begannen und bis heute andauern. All diese Aktionen gewährleisten die Nachhaltigkeit des Aktivismus, stärken die Unterstützungsnetzwerke und erhöhen die Zahl der Unterstützer:innen und ermöglichen es auch anderen (z. B. männlichen Politikern), sich stärker an einem öffentlichen Aktivismus zu beteiligen.

In einer Zeit, in der alle Protestaktivitäten in Belarus in den Untergrund verschwunden sind, wird der Aktivismus von Frauen noch unsichtbarer und bleibt unterschätzt, da er sich auf den privaten Bereich konzentriert, online stattfindet und mit „traditionell weiblichen“ Bereichen der Pflege und emotionalen Arbeit verbunden ist. [Laut unserer Umfrage unter belarusischen Aktivistinnen im Jahr 2022](#) organisieren Frauen weiterhin Informations- und Bildungsveranstaltungen, unterstützen politische Gefangene und ihre Familien, erstellen und teilen Nachrichten und Informationen. Darüber hinaus nehmen Frauen weiterhin an Protesten teil: Mehr als 40 % der Aktivistinnen in Belarus und etwa 70 % der Aktivistinnen im Exil haben seit Februar 2020 an Protesten teilgenommen.

Trotz der seit vier Jahren andauernden Verschärfung der Repressionen in Belarus gibt es immer noch kein klares Verständnis davon, was als politischer Aktivismus definiert wird. So werden beispielsweise die Verbreitung von Informationen und verschiedene Arten der Unterstützung von Belarus:innen und Ukrainer:innen nicht immer mit politischem Aktivismus in Verbindung gebracht und daher sowohl von der Gemeinschaft als auch von den Aktivist:innen selbst, die diese Aktivitäten durchführen, als „weniger wichtig“ angesehen. Trotz der vier Jahre andauernden Tätigkeit unter hohen Risiken und Gefahren zeigen Untersuchungen einen hohen Prozentsatz von Aktivist:innen, die sich selbst und ihre Tätigkeit nicht als aktivistisch bezeichnen und dazu neigen, die Bedeutung ihrer Arbeit herunterzuspielen.

Allerdings sind solche Aktivitäten, insbesondere in Belarus, derzeit mit einem hohen Risiko der administrativen und strafrechtlichen Verfolgung verbunden. So ist beispielsweise die Verbreitung von Informationen aus als terroristisch eingestuften Quellen, die wahrscheinlich von mehr als 70 % der Befragten, in Belarus lebenden Aktivist:innen betrieben wird, derzeit strafbar. Aktivist:innen, auch solche, die sich „bedingt politikfern“ mit sozialen und kulturellen Themen beschäftigen, laufen täglich Gefahr, aufgrund ihrer Aktivitäten inhaftiert zu werden. Durch die Verknüpfung „jeder Art von Aktivismus = Aktionen gegen den Staat“ wird jeder Aktivismus in den Bereich des politischen Handelns übertragen.

5. Weiblicher Aktivismus als dritte Arbeitsschicht

Der hohe Grad an Erschöpfung und Stress, den belarusische Aktivistinnen seit vier Jahren erleben, ist auch eine Folge einer faktischen dritten Arbeitsschicht der Mehrheit der Aktivistinnen: Neben der bezahlten Arbeit sind die Aktivistinnen für die Hausarbeit und die Pflege ihrer Angehörigen verantwortlich, sowie für unbezahlte aktivistische Aktivitäten. Und seit Februar 2022 sind dieselben bereits erschöpften Aktivistinnen damit beschäftigt, Ukrainer:innen zu helfen.

Im Jahr 2020, während der aktiven Phase der Proteste, gaben 50 % der Aktivistinnen an, dass sie deutlich mehr Zeit für unbezahlte ehrenamtliche Arbeit aufwenden (durchschnittlich 4 Stunden pro Tag an Wochenenden und 2 Stunden pro Tag an Wochentagen). Eine ähnliche Situation wurde im März 2022 nach der russischen Invasion in der Ukraine beobachtet. [Damals gaben mehr als 30 % der Aktivistinnen an](#), dass der Zeitaufwand für ihre ehrenamtliche Arbeit zur Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine zugenommen habe (etwa 4 Stunden pro Woche und mehr).

Die Zeit, die Frauen für ehrenamtliche Tätigkeiten aufwenden, geht meist auf Kosten der Zeit, die sie in den Haushalt investieren: Im Jahr 2020 wurde dies von mehr als 50 % der Befragten bestätigt, im Jahr 2022 von 36,5 % der Befragten.

6. Belarusische Aktivistinnen im Exil

Die totale Säuberung des zivilen Sektors und die politische Verfolgung belarusischer Aktivistinnen haben zu einer Massenabwanderung aus dem Land geführt. Als unser Wissenschaftsteam im Jahr 2020 eine Umfrage

unter belarusischen Aktivistinnen durchführte, lebten nur 2,5 % der Befragten in anderen Ländern; bei einer ähnlichen Umfrage unter belarusischen Aktivistinnen im Jahr 2022 ist dieser Prozentsatz nun auf fast 40 % gestiegen. Trotz der Repressionen und des hohen Risikos politischer Verfolgung leben jedoch rund 60 % der befragten Aktivistinnen weiterhin in der Republik Belarus. Polen und Litauen folgen an zweiter Stelle. 1,8 % der Aktivistinnen leben in Deutschland.

War die Ukraine noch vor drei Jahren eine der Hauptmigrationsrichtungen für belarusische Frauen, so hat sich die Situation jetzt, vor allem wegen des russischen Angriffskrieges, stark verändert. [Nach Angaben der ukrainischen Seite](#) haben von August 2020 bis Juli 2021 3.042 belarusische Bürger:innen eine befristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten, während [etwa 361.100 Grenzübertritte](#) von Belarus:innen in die Ukraine zwischen August und Oktober 2020 beobachtet wurden. Aktivist:innen, die aufgrund des Krieges gezwungen sind, die Ukraine zu verlassen, haben Schwierigkeiten mit der Legalisierung ihres Aufenthalts in neuen Ländern. Ihre fehlende ukrainische Staatsbürgerschaft kann ein Grund sein, sie nicht als Kriegsgeflüchtete anzuerkennen.

Im Jahr 2023 führte ich eine [Studie](#) durch, um den psychologischen Zustand von Aktivist:innen zu bewerten, die Belarus verlassen haben. Die Befragten nannten als Hauptprobleme: fehlendes stabiles Einkommen (81 % der Befragten), Schwierigkeiten bei der Legalisierung (40 %), Sprachbarriere (40 %), Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen (41 %), Verlust von sozialen Kontakten (32 %).

Trotz der Probleme im Zusammenhang mit der Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus und dem Umzug setzen sich belarusische Aktivist:innen im Exil weiterhin aktiv für demokratische Veränderungen in Belarus ein. Nach den Daten der Umfrage unter belarusischen Aktivist:innen aus dem Jahr 2022 spendet jede:r zweite Aktivist:in Geld, jede:r dritte hilft Gefangenen und ihren Angehörigen, jede:r fünfte arbeitet ehrenamtlich in öffentlichen Organisationen. Den meisten der in Belarus aufgelösten NGOs ist es gelungen, sich im Ausland neu zu registrieren und von dort aus weiterhin Hilfe für Belarus:innen im Land zu leisten. Eine Online-Rechtsberatung für belarusische Frauen und eine Beratung für belarusische Frauen, die häusliche Gewalt erfahren haben, funktionieren zum Beispiel schon seit mehreren Jahren erfolgreich vom Ausland aus.

Feministische Organisationen und einzelne Feminist:innen setzen sich auch erfolgreich für Belarus:innen ein, die Belarus verlassen haben, sowie für Geflüchtete aus anderen Ländern. So haben beispielsweise im Jahr 2022 85 % der im Ausland lebenden belarusischen Aktivist:innen Ukrainer:innen und ukrainischen Frauen geholfen. Sie sammelten unter anderem Spenden für Medikamente für Frauen und Kinder, die von sexualisierter Gewalt

betroffen sind, setzten sich gegen den Menschenhandel und die Schleusung von geflüchteten Frauen ein, gewährleisteten den Zugang zu Abtreibungen für diejenigen, die sie benötigen, führten Umsiedlungen durch und versorgten diejenigen, die aus der Ukraine und Belarus flohen, mit Wohnraum, Lebensmitteln und dem Nötigsten. Ein Großteil dieser Arbeit war für die Öffentlichkeit unsichtbar, da die Aktivist:innen nicht die Energie und die Mittel hatten, ihre Arbeit zu präsentieren und sichtbar zu machen.

Ein Beispiel für feministische Advocacy-Kampagnen außerhalb des Landes ist die Informationskampagne in Solidarität mit der jungen belarusischen Frau Lisa, die in Warschau vergewaltigt und ermordet wurde. In Zusammenarbeit mit polnischen und ukrainischen Kolleginnen organisierten belarusische Frauenrechtsaktivistinnen eine Kundgebung in Warschau und arbeiteten aktiv daran, diese Geschichte in den Medien publik zu machen, um die vorherrschende Gleichgültigkeit, mit der die Gesellschaft sexualisierter Gewalt gegen Frauen begegnet hervorzuheben. Das Ergebnis der Informationskampagne war die Entscheidung der polnischen Behörden, eine Verschärfung der Strafe für solche Verbrechen in Betracht zu ziehen. In belarusischen Medien begann mit Hilfe von Basisaktivist:innen die Kampagne #hopitsgvaltsity, bei der Hunderte belarusische Frauen und Männer ihre persönlichen Geschichten über Gewalt erzählten und ihre Unterstützung für die Betroffenen zum Ausdruck brachten.

7. Empfehlungen zur Unterstützung belarusischer Aktivist:innen

Schaffung von Möglichkeiten zum Abschluss von Arbeitsverträgen, Krankenversicherungen und bezahlte Krankheitstage für Arbeitnehmer:innen belarusischer öffentlicher Organisationen im Exil. Laut einer Studie belarusischer Aktivist:innen ist ein stabiles Einkommen für 81 % der Befragten der Hauptfaktor für das psychische Wohlbefinden. Leider ist die Arbeit in öffentlichen Organisationen geprägt von einem unregelmäßigen Projektcharakter; Mitarbeitende sind oft auf Grundlage von Zeitverträgen beschäftigt, oder arbeiten ohne Vertrag. Dies bringt sie in eine verletzliche Lage, insbesondere im Exil, wo die Möglichkeit einer Legalisierung im Land von einem Arbeitsvertrag abhängt. Dadurch ist jede:r dritte Aktivist:in gezwungen, mehrere Jobs und Beschäftigungsarten zu kombinieren oder nach anderen Einkommensquellen zu suchen.

Mehr Möglichkeiten zur Unterstützung von Projekten einzelner Aktivist:innen und nicht registrierter Initiativen. Die völlige Liquidierung und Unterdrückung des zivilen Sektors in Belarus hat dazu geführt, dass informelle Initiativen und individueller Aktivismus derzeit die einzig möglichen Formen zivilgesellschaftlichen

Engagements sind. [Laut einer Studie aus dem Jahr 2022](#) engagiert sich jede zweite Befragte individuell für aktivistische Tätigkeiten, jede fünfte ist Teil einer informellen Initiative. Einerseits ist diese Art von rechtlich nicht dokumentierten Tätigkeiten unter Bedingungen hoher Risiken, sowie strafrechtlicher Verantwortlichkeit für aktivistische Aktivitäten, schwieriger zu verfolgen. Andererseits ist sie für die Medien nicht immer sichtbar und bietet nur begrenzte Möglichkeiten zum Erhalt von Unterstützung und Finanzierung. Es ist wichtig zu verstehen, dass eine Registrierung dieser Initiativen aufgrund der erzwungenen Migration und Repressionen derzeit nicht möglich ist, aber nichtsdestotrotz von Mitarbeitenden mit umfassender Erfahrung geleitet werden und über die letzten 4 Jahre nachhaltig und wirksam geblieben sind.

Bildungsarbeit im Bereich Gender und Frauenrechte. Aktivitäten zur Förderung von Frauen in Politik und Öffentlichkeit und zur Entwicklung des Führungspotenzials von Aktivistinnen – sowohl erfahrene als auch Anfängerinnen – sollten unterstützt werden. Wichtig ist dabei die Konzeptionierung von Bildungskursen zu Geschlechterstudien, da es die feministische Perspektive ist, die es Frauen ermöglicht, sich allgemein als Aktivistinnen zu identifizieren und im Bereich des politischen Aktivismus sichtbar zu werden.

Unterstützung von Rehabilitationsprogrammen für ehemalige politische Gefangene in Belarus und im Ausland sowie Programme zur Unterstützung bei der Beschäftigung und Umschulung von Frauen, die aus politischen Gründen entlassen wurden. In jüngster Zeit vollzieht das Regime aktiv Entlassungen aus politischen Gründen als wirtschaftliche Repression gegen aktive Bürger:innen. staatseigene oder mit dem Regime verbundene Privatunternehmen erhalten Listen „politischer“ Personen, woraufhin der Vertrag mit diesen Personen nicht weiter verlängert wird und ihnen neue Arbeitsplätze verweigert werden. Zu den politischen Listen gehören Angehörige politischer Gefangener, Personen, die 2020 für demokratische Präsidentschaftskandidat:innen unterschrieben haben, sowie alle Personen, die sich in der Zivilgesellschaft engagieren. Mittlerweile gehören Anfragen zur Stellensuche und/oder Umschulung zu den häufigsten. Dies gilt sowohl für Aktivist:innen, die aufgrund von Entlassungen in Belarus blieben, als auch für diejenigen, die zur Ausreise gezwungen wurden. Belarusische Aktivist:innen wollen und können arbeiten; sie benötigen keine einmalige finanzielle Bezuschussung, sondern Unterstützung bei der angemessenen Bezahlung ihrer Arbeit.

Erweiterung des Umfangs der Unterstützung für einzelne Aktivist:innen. Anstatt eine geschlossene Liste der Unterstützungsleistungen, sollte eine solche Liste je nach den Bedürfnissen der Aktivist:innen flexibel gestaltet werden. Dazu gehört z. B. die Deckung humanitärer Bedürfnisse wie Nahrung, Medikamente, Miete und Lebenshaltungskosten sowie medizinische Unterstützung.

Angebote von nachhaltigen und langfristigen Programmen zur psychologischen Unterstützung einzelner Aktivist:innen sowie dauerhafter Einbezug von Komponenten der psychologischen Unterstützung in die Projektaktivitäten von Organisationen und Initiativen. Über einen Zeitraum von vier Jahren bleibt der Grad an Stress und Ermüdung unter belarusischen Aktivist:innen konstant hoch: Im Jahr 2022 bewerteten mehr als 70 % der belarusischen Frauen sowohl in Belarus als auch im Ausland ihren Erschöpfungs- und Stresslevel auf einer 10-Punkte-Skala mit über 7. In den letzten vier Jahren mussten belarusische Aktivist:innen unter ungünstigen, sich ständig ändernden Bedingungen, ständiger Bedrohung ihrer physischen Sicherheit und unter psychischem Druck arbeiten. Daher sollte psychologische Unterstützung sowohl ein integraler Bestandteil aller Programme zur Unterstützung von Aktivist:innen, als auch von Programmen zur organisatorischen Entwicklung von Initiativen werden.

Organisation weiterer Veranstaltungen zum Networking und Erfahrungsaustausch. Eine der größten Herausforderungen von Aktivist:innen ist die „Unterstützung für Menschen mit ähnlichen Ansichten“. Sowohl die im Land verbliebenen als auch die ausgewanderten Aktivist:innen fühlen sich isoliert und sind zutiefst besorgt über den Verlust von Mitstreiter:innen für gemeinsames Handeln und das Fehlen von Netzwerkplattformen für den Erfahrungsaustausch und das Knüpfen von Bekanntschaften. Gleichzeitig betrachten [laut einer Studie belarusischer Aktivist:innen](#) 83 % der Befragten Offline-Veranstaltungen als effektiver.

Über die Autorin

Alena Aharelysheva ist eine belarussische Forscherin, Aktivistin und Mitorganisatorin der „Fem Group Belarus“, einer Initiative, die sich für die Stärkung der Präsenz von Frauen in den Demokratischen Kräften von Belarus einsetzt. Alena Aharelysheva hat einen Master-Abschluss in Soziologie mit Spezialisierung auf Gender Studies. Sie arbeitete an der Akademie der Wissenschaften als wissenschaftliche Mitarbeiterin und als nationale Gender-Beraterin für UNICEF.

Über VisiBYlity

Das Projekt unterstützt belarussische demokratische Akteure in der Diaspora, indem es ihre Projekte fördert und die Reichweite in der deutschen Öffentlichkeit erhöht. Die Hintergrundpapiere liefern Kontext und Erklärungen zur aktuellen Entwicklung rund um Belarus. Sie dienen als Diskussionsgrundlage für öffentliche Debatten.

Über das IEP

Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die der Autorin und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

Redaktionelles Team

Laura Worsch, Carmen Traute

Herausgeberin

Prof Dr Funda Tekin

Layout

Laura Worsch

iep

Institut für Europäische Politik e. V.
Bundesallee 23
10717 Berlin

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de



Federal Foreign Office



CIVIL
SOCIETY
COOPERATION